

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861**

18.6.1861 (No. 141)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 18. Juni.

N. 141.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkundungsgebühr: die gepaltene Beitzelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

## Deutschland.

\* **Bruchsal, 16. Juni.** Wie sich bei dem hiesigen Gymnasium das Turnwesen schon seit Jahren der eifrigsten Pflege erfreut, so nimmt es in neuerer Zeit auch unter unserer Bürgerchaft einen lebendigen Aufschwung. Die Gemeinde hat demselben nun im Verein mit dem Vorstande des Gymnasiums einen wesentlichen Vorschub geleistet, indem sie auf ihre Kosten und auf ihrem Eigenthum eine schöne, geräumige Turnhalle erbauen ließ, während der gedachte Fond für deren Benützung durch die Gymnasialisten einen jährlichen Beitrag bezahlte. Wahrscheinlich wird die feierliche Einweihung der Turnhalle demnächst zu einem schönen Turnersfest Anlaß geben. Als weitere gemeinnützliche Maßregel ist zu erwähnen, daß die Stadt das v. Deulwig'sche Haus angekauft hat, um einen Theil des dazu gehörigen Gartens zu der längst gewünschten Verbreiterung der Eisenbahnstraße zu verwenden und in das Haus selbst die evangelische Volksschule zu verlegen. Auch der letztere Plan verdient aufrichtige Anerkennung, da die Lage des Hauses und dessen geräumiger Hof sich zu diesem Zwecke ganz besonders eignet, und das Haus selbst sich im Innern leicht dazu herrichten läßt. Die Ausstreckung von Bauplänen an der Eisenbahnstraße gegenüber dem sog. Bauhofe (Regimentsstallungen) ist ebenfalls so ziemlich bereinigt und sollen dieselben von der Stadt unter sehr billigen Bedingungen abgegeben werden. Es hat sich bereits ein Liebhaber gemeldet, der dort ein neues Haus erbauen will. Wenn auch an sich unbedeutend, so ist es doch ein Zeichen der Regsamkeit unserer Gemeindebehörden, daß das im Neujahre ganz verwahrloste Rathhaus hübsch reparirt und angefrischet worden ist.

In den letzten Tagen verweilte Hr. Regierungsdirektor Fieser dahier, um die regelmäßige Visitation des Oberamtes vorzunehmen, und kehrte, nachdem auch die Amtsorte besucht worden waren, gestern Abend nach Karlsruhe zurück.

\* **Worzhelm, 17. Juni.** Die uns durch eine von hier abgeordnete Deputation überbrachte frohe Kunde, daß J. J. Königl. Hoheit der Großherzog und die Großherzogin, der geschickten Einladung folgend, der in etwa 14 Tagen stattfindenden Eröffnung der Eisenbahnstrecke Wilsberg-Pforzheim anwohnen werden, hat hier große Freude verbreitet. Ist der betreffende, längsterschützte Tag für Pforzheim ohnehin ein Festtag im wahren Sinne, so erhält er durch den allerhöchsten Besuch noch eine höhere Weihe. Es wird hier Alles aufgegeben werden, um denselben würdig zu begehen.

\* **Heidelberg, 17. Juni.** Auf einen schon früher öffentlich ausgesprochenen Wunsch hin beabsichtigt man auch hier einen Neekrutenverein in das Leben zu rufen, wie ein solcher in Mannheim und an andern Orten schon seit längerer Zeit besteht. Zu diesem Zwecke wird eine Versammlung nächstens hier abgehalten werden, zu welcher alle Amtsangehörige eingeladen sind, welche sich für die Sache interessieren.

\* **Heidelberg, 17. Juni.** Zu dem Neubau einer großartigen Speisehalle in dem hiesigen Schlossgarten liegen bereits sehr schöne, von dem Bezirks-Bauinspektor Hrn. Waag ausgearbeitete Pläne vor. Die Ausführung selbst aber ist für jetzt verschoben, weil sie während des Sommers wegen der großen Zahl von fremden und einheimischen Besuchern des Schlossgartens nicht leicht möglich ist. Uebrigens wird dieser Bau, welcher einen nicht unbedeutenden Raum einnehmen wird, nicht nur zur großen Annehmlichkeit des Publikums gereichen, sondern auch zu einer wahren Zierde des Schlossgartens. Auch die alte Ruprechtshalle, gewöhnlich „Bandhaus“ genannt, welche nach Entfernung der großen unförmigen Treppe jetzt einen Raum von ungefähr 7000<sup>0</sup> einnimmt und in neuerer Zeit sehr häufig als Festlokal dient, wird wieder hergestellt werden, was um so wünschenswerther ist, als Heidelberg keine Räumlichkeit besitzt, welche so viele Gäste aufnehmen könnte, als sich bei außerordentlichen Veranlassungen hier einzufinden pflegen.

△ **Aus dem Amtsbezirk Gerlachsheim, 15. Juni.** In den letzten 14 Tagen haben sich im Taubergründe alle Feldgewächse so schnell von den übeln Folgen der vorausgegangenen ungünstigen Witterung erholt, daß nunmehr alle in üppigster Fülle die Felder zieren. Das Korn steht prachtvoll, der Weizen vorzüglich, Gras und Klee ist noch nie besser ausgefallen, die Kartoffeln kommen demnächst in Blüthe, die Neben haben sich außerordentlich gut erholt; nur das Obst, und zwar alle Gattungen, bleibt fast vollständig aus. — Für die Brandverunglückten in Grünsfeld sind etwa 2000 fl. bereits eingegangen und zur Verteilung bestimmt worden. Doch sind voraussichtlich die Sammlungen und Spenden noch nicht zu Ende, zumal die großh. Regierung des Unterheinkreises eine Hauskollekte in den Gemeinden der sechs nächsten Amtsbezirke genehmigte. — In Gerlachsheim hat sich jüngst ein Gesangsverein gebildet, welcher vorgestern im Schlossgarten sich produzierte.

\* **Freiburg, 15. Juni. (Schwurgericht.)** Markus Renk von Herthen, der Brandstiftung angeklagt, wurde gestern freigesprochen.

□ **Waldshut, 16. Juni.** Dem Vernehmen nach soll

die vollständige Durchbrechung des hiesigen Tunnels, wozu das erste Versuchsböhrloch schon vor einigen Tagen durchgeschlagen wurde, von den Baubehörden auf den 28. d. festgesetzt worden sein. Es ist durch Erreichung dieses Zieles den Arbeiten an der Konstanzer Bahnlinie ein wesentlicher Vorschub geleistet, und wenn auch die vollständige Ausmauerung dieses großen Stollens noch beinahe ein Jahr Zeit in Anspruch nehmen dürfte, so wird dieselbe doch dem kürzesten Termin, den man der Vollendung genannter Bahnstrecke vorschreiben mag und kann, kein Hinderniß in den Weg legen. Auch die andern großen Arbeiten auf der schwierigen Strecke zwischen hier und Oberlauchringen nehmen ihren gerechlichen Fortgang; die großen Einschnitte und Dammhaltungen sind in regem Vortritt, bei den drei großen Brücken über die Schlucht, Stenach und Wuttach sind die mitunter bedeutenden Fundamentirungsarbeiten glänzend überwunden, und es könnte das Fortschreiten dieser Bauwerke nur durch besondere Anstände der Witterung hingehalten werden, ein Uebelstand, der sich jedoch auch für die übrigen Bahnlücken fühlbar machen würde. Es möge dieses zur Verhütung Ihres Korrespondenten aus dem Seekreise dienen, welcher in einer Reihe von Artikeln die Möglichkeit einer gleichzeitigen Bahnvollendung wegen der hierorts noch zu überwindenden Schwierigkeiten in Frage stellte, dabei aber des Umstandes nie erwähnte, daß die Ausführung der nicht unwesentlichen Bahnstrecke von Singen nach Thyayingen wegen schwerender Erwägungen über die Richtung der Linie zur Zeit noch nicht in Angriff genommen, ja kaum vorbereitet werden konnte.

**Stuttgart, 14. Juni. (B. Stanz.)** Nachdem der bis her großh. badische Geschäftsträger, Legationsrath v. Dusch, zum Minister-Residenten am hiesigen Hof ernannt worden ist, haben Se. Königl. Majestät heute denselben in Audienz empfangen und aus seinen Händen das Schreiben Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Baden entgegengenommen, wodurch er in der obgedachten Eigenschaft beurlaubt wird.

**Stuttgart, 16. Juni.** Das an den ständischen Ausschuss ergangene, die katholisch-kirchliche Angelegenheit betreffende k. Reskript vom 13. d. M. lautet:

„Liebe Getreue! Wir haben die unerschöpfliche Güte der Kammer der Abgeordneten vom 16. März d. J. eingesehen, mittelst welcher uns dieselbe ihren Beschluß hinsichtlich der von uns mit Seiner Heiligkeit dem Papste Pius IX. als Oberhaupt der katholischen Kirche geschlossenen Konvention zur Regelung der Verhältnisse dieser Kirche in Unserem Königreich vorgelegt hat, und geben euch hierauf folgendes gnädig zu erkennen:

Schon während der Unterhandlungen mit der römischen Kurie haben wir die bei einer Reihe von Punkten, und zwar gerade bei den wichtigsten, ausdrücklich erklärten, daß wir in die bezüglichlichen Bestimmungen, als dem Gebiet der Gesetzgebung anheimfallend, nur unter dem Vorbehalt und unter der Bedingung der Zustimmung der Stände Unseres Königreichs einzuzuwilligen vermögen. Wir haben ferner schließlich bei Ertheilung Unserer Ratifikation für die abgeschlossene Uebereinkunft noch einmal allgemein die Einholung der Zustimmung der Stände zu den eine Aenderung der Landesgesetze in sich schließenden Punkten vorbehalten.

Mit dieser Erklärung haben wir Unsern Ständen von selbst auch die vollkommene Freiheit gelassen, ihre Zustimmung zu den fraglichen Punkten oder auch schon ein Eingehen auf die bezüglichlichen Gesetzesvorlagen an die Bedingung zu knüpfen, daß der gesammte, durch die Konvention zu bewirkende Rechtszustand nicht durch eine vertragsmäßige Schranke umgrenzt sei, daß mithin vorher der Vertragscharakter im Ganzen beibehalten werde.

Angesichts des Beschlusses der Kammer der Abgeordneten vom 16. März l. J. können wir nun über die diesfällige Absicht derselben nicht im Zweifel sein.

Da aber die Konvention ihrer Form nach als ein Ganzes verabredet worden ist; da, was deren Inhalt betrifft, diejenigen Bestimmungen derselben, welche dem Gebiete der Gesetzgebung anheimfallen, und in welche wir, wie bemerkt, ausdrücklich nur mit dem Vorbehalt und unter der Bedingung der ständischen Zustimmung eingewilligt haben, weitans die wichtigsten sind; da eben deshalb ohne gleichzeitige gesetzliche Regelung der Punkte, auf welche diese Bestimmungen sich beziehen, die vorliegende Angelegenheit überhaupt in befriedigender Weise nicht zu ordnen ist; so müssen wir, nachdem die Kammer der Abgeordneten so entschieden ausgesprochen hat, daß sie auf keine in Ausführung einer bindenden Uebereinkunft mit der römischen Kurie an sie gelangende Gesetzesvorlage eingehen werde, den abgeschlossenen Vertrag als solchen überhaupt als gescheitert betrachten und können demselben daher auch Unserer Seits eine rechtliche Verbindlichkeit nicht mehr zuerkennen.

In Folge dessen haben wir den am Schlusse Unserer Verordnung vom 21. Dezember 1857 Unseren Ministern ertheilten Auftrag, zu Vollziehung der Vereinbarung das Erforderliche einzuleiten oder anzuordnen, außer Wirkung gesetzt, ferner den Ministerien der Justiz, des Innern und des Kirchen- und Schulwesens den mit Bezugnahme auf jenes Uebereinkommen und auf Unsere angeführte Verordnung am 26. Februar d. J. dem ständischen Ausschusse übergebenen Gesetzentwurf zurückzusenden befohlen und zugleich das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens beauftragt, gemeinschaftlich mit den übrigen beteiligten Ministerien zu näherer Regelung der Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in Unserem Königreiche einen neuen selbständigen und umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen, bei dessen Einbringung wir auch über die im Wege der Verordnung zu erlassenden Bestimmungen euch näheren Aufschluß werden ertheilen lassen.

Was den Inhalt jenes neuen Gesetzentwurfs betrifft, so ist es Unse-

rer Absicht, daß die Regelung der einschlägigen Verhältnisse nach Maßgabe der in der früheren Konvention enthaltenen Direktiven herbeizuführen gesucht, und daß, unbeschadet der Rechte und Interessen des Staats und der in demselben befindlichen andern Konfessionen, der materielle Inhalt jener Konvention der beabsichtigten neuen Staatsgesetzgebung zu Grunde gelegt werde.

In das zu erlassende Gesetz sind wir übrigens bereit, eine ausdrückliche Erklärung in der Richtung niederzulegen, daß in Folge des oben erwähnten Kammerbeschlusses der mit der römischen Kurie abgeschlossenen Uebereinkunft eine rechtlich verbindende Kraft nicht zukomme und daß für die einschlägigen Verhältnisse nur das betreffende Gesetz nebst den dazu gehörigen Verordnungen die Rechtsquelle bilde. Auch versteht es sich nach dem Angeführten von selbst, daß dem zu erlassenden Gesetz, sowie den betreffenden Verordnungen und Verfügungen keine andere rechtliche Natur zukommen kann, als jedem andern Gesetz, beziehungsweise jeder andern Verordnung oder Verfügung.

Anlangend endlich die in Folge der Konvention bereits ergangenen Verfügungen, welche nur allerdings nicht mehr als in Vollziehung eines Vertrags erlassen betrachtet werden können, so behalten wir uns vor, dieselben nach erfolgter händischer Berathung jenes Gesetzentwurfs der erforderlichen Revision zu unterziehen.

Ueber alles Vorstehende haben wir diejenige Mittheilung an die römische Kurie zu deren Kenntnissnahme gerichtet, welche euch durch Unsere Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Kirchen- und Schulwesens in Abschrift mitgeteilt werden wird.

Indem wir euch hiemit Gegenwärtiges gnädigst eröffnen, überlassen wir uns, berechtigt hierzu auch durch mehrfache Aeußerungen in der Kammer der Abgeordneten, gerne der Hoffnung, daß auf dem nunmehr zu betretenden Wege eine geachtliche Lösung der vorliegenden, für das Wohl Unseres Landes so wichtigen Angelegenheit werde erzielt werden.

Wir verbleiben etc. Wilhelm.

○ **Stuttgart, 17. Juni.** Se. Maj. der König ist diesen Morgen um 8 Uhr mittelst Extrazugs von Cannstadt aus nach Nagaz abgereist, wird aber heute und einen Theil des morgigen Tags in Friedrichshafen bleiben. Der König überraschte diesen Morgen in aller Frühe noch den Kronprinzen und die Kronprinzessin in ihrer Villa bei Berg mit einem Abschiedsbefuch und besieg daher im nahen Cannstadt die Eisenbahn, welche sein Gefolge, bestehend aus dem Oberstallmeister Graf v. Taubenheim, Geh. Kabinetsschiff v. Maehler, Adjutant Graf v. Veroldingen und Legationsrath v. Hummel, hier schon beistehend hatte. — Die vollständige und rückhaltlose Zustimmung des Kronprinzen hat hier allgemeinen Jubel erregt und wird bei der Mehrheit der Zweiten Kammer, auf deren Wünsche ganz und gar eingegangen wird, den besten Eindruck machen, daher die demnächst beginnende Session ruhiger verlaufen wird. Insbesondere dürfte die bessere Stimmung bei der Berathung des Etats sich kundgeben.

\* **München, 16. Juni.** Der Abgang v. Sybel's, der einem Rufe nach Bonn folgt, macht begreiflicher Weise außerordentliches Aufsehen. v. Sybel ist eine ferner wissenschaftlichen Celebritäten, die König Max nach München berief und die ihm auch — wenigstens früher — persönlich näher standen, als die meisten ihrer Kollegen von der Universität. Viel angefeindet von der ultramontanen, sowie von der — man möchte sagen stöckbapirischen Partei, schienen sie an maßgebender Stelle um so mehr Halt zu finden. v. Sybel selbst wurde zur Leitung jener großen historischen Arbeiten berufen, die der König mit großer Munizenz anregte; er hatte bereits den Grund zu einer kritisch-historischen Schule gelegt und wirkte in seinem Amte überhaupt mit großem Erfolg. Diesen Mann läßt man nicht nur gehen, sondern hat nicht einmal einen Versuch gemacht, ihn zu halten! Wie die „Südd. Ztg.“ berichtet, hätte er als einzige Bedingung seines Bleibens die Gewissheit verlangt, nicht unversehens eines Tags den Anfeindungen seiner Gegner geopfert zu werden. Und diese Zusicherung sei ihm versagt worden! Mit Recht erblickt daher das genannte Blatt in Alledem einen Vorgang von politischer Bedeutung. Man hat allen Grund, auf weitere Enthaltungen gespannt zu sein.

Nach hiesigen Blättern soll das beim Rücktritt des Hrn. v. Läder bereits ausgearbeitete Referat des Abg. Frhn. v. Pfetten über das Militär-Kreditgesetz auf Ablehnung des Gesetzentwurfs und auf Erhebung einer Beschwärde wegen Verfassungsverletzung antragen; ferner sollen nach denselben Blättern dem Finanzausschuss Eröffnungen zugekommen sein, wonach sich weitere Maßreinnahmen aus der ablaufenden Finanzperiode in solchem Betrag ergeben hätten, daß in Folge dessen und eines bei Bearbeitung des Gesetzentwurfs vom Kriegsministerium bezugenen Verstoßes die Deckung des ganzen Bedarfs ohne Aufnahme des projektierten Anlehens möglich sein werde. — Die Gesetzentwürfe, welche über pflanzliche Bahnlücken nächstens an die Kammer gelangen werden, sind: Die Zweigbahn von Speyer nach Gernersheim, dann die von Homburg nach St. Ingbert, und endlich eine Zinsengewährschaft für die Alsenzbahn betreffend. Bei der Kammer ist eine ziemlich Anzahl Vorstellungen gegen die Gewerbefreiheit eingelaufen, die meisten aus Franken. Auch für Gewerbefreiheit sind verschiedene Petitionen eingegangen.

\* **Frankfurt, 15. Juni. (Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 13. d. M.)**

Preußen gab hinsichtlich der Revision der Kriegsverfassung des Bundes im Anschluß an seinen Antrag vom 2. v. M. und in Beziehung auf die bezügliche Erklärung Oesterreichs vom 16. v. M. eine Erklärung ab, welche im Wesentlichen Folgendes besagte:

Die königl. Regierung, deren Organe bisher die Forderung einer Umgestaltung der Artikel 12—16 der Allgemeinen Umrisse der Bundes-Kriegsverfassung aufrecht erhalten haben, gibt dieses Verlangen auf und will, indem sie sich darauf beschränkt, eine Ausnahmebestimmung für den Fall zu beantragen, daß die beiden deutschen Großmächte oder eine derselben mit ihrer Gesamtarmee in den Krieg eintreten, der Revision der Kriegsverfassung nachstehende drei Alternativen zu Grunde gelegt haben:

1) Diejenige der Art. 12—16 der Allgemeinen Umrisse, welche ein einheitliches Kriegsheer des Bundes einschließt, der Kontingente Preußens und Oesterreichs und einen von der hohen Bundesversammlung zu wählenden und in Eid und Pflicht zu nehmenden Oberfeldherren aufstellen;

2) Diejenige des Art. 46 der Näheren Bestimmungen, betreffend den Oberbefehl für den Fall, wenn nur ein Theil des Bundesheeres zusammengezogen wird; —

für diese beiden Alternativen können die Anordnungen der Bundes-Kriegsverfassung ganz unverändert bleiben; —

3) Diejenige des Eintritts von Oesterreich oder Preußen oder beider Großmächte mit den Gesamtarmeen in den Krieg für den Bund. Für diese Alternative, welche der königl. Regierung als die weitaus wichtigste erscheint, stellt Preußen, sobald deren Berücksichtigung beschloffen sein wird, die Mittheilung eines vollständigen Entwurfs der Näheren Bestimmungen der Kriegsverfassung in Aussicht.

Da in dieser Erklärung darauf hingewiesen war, daß der ausgesprochene Zweck des königl. preussischen Antrags vom 2. v. M. die endliche Herbeiführung der Beschlußfassung über die Ausschlußanträge vom 26. Juli v. J. sei, so sah sich der kais. österreichische Gesandte veranlaßt, sich unter Rückbeziehung auf seine Erklärung vom 16. v. M. dahin auszusprechen, daß die kais. Regierung auf die Entscheidung der ersten Vorfrage auch ihrerseits den größten Werth lege. — Beide Erklärungen gingen an den Militärausschuß.

Die königl. preussische Regierung brachte einen Antrag ein, welcher eine veränderte Designation der Kontingente der Reserve-Infanteriedivision und die Bildung von zwei Brigaden zum Schutze der außerpreussischen deutschen Nordküste betraf. Der Antrag schließt sich an einen früheren an, welchen mehrere Küstenstaaten in letzterer Hinsicht bereits am 12. Juli v. J. bei Vorlegung der über ein gemeinsames Küstenverteidigungssystem gepflogenen Verhandlungen gestellt hatten, und nimmt auf den Bundesbeschluß vom 27. April v. J. Bezug, welcher die Beibehaltung der Reserve-Infanteriedivision bestimmte und die Militärkommission beauftragte, wegen künftiger Verwendung derselben bei der Fortsetzung der Arbeiten zur Revision der Bundes-Kriegsverfassung zweckmäßige Vorschläge zu machen. Nachdem die Kontingente der Reserve-Infanteriedivision durch die Erhöhung des Prozentsatzes und die gleiche Bereithaltung, resp. Gleichstellung des Haupt- und Reservekontingents seit dem Jahr 1830 stärker geworden sind, beabsichtigt die Vorlage, die innerhalb der fraglichen Division nicht zu den Besatzungen der Bundesfestungen zu verwendenden Ueberschüsse möglichst zweckmäßig für besondere militärische Erfordernisse verwendbar zu machen. Sie erblickt es als einen sehr günstigen Umstand, daß in diesem Ueberschusse Truppen vorhanden sind, aus denen das zur Verteidigung der fraglichen Küsten erforderliche Korps formirt werden kann, ohne daß eines der einzelnen mehr oder weniger geschlossenen Bundes-Armee-Korps durch Entziehung von Truppenabtheilungen geschwächt oder in seiner Organisation gestört würde.

Der Antrag, dem sich mehrere der hierbei beteiligten Regierungen sofort angeschlossen, wurde dem Militärausschuße überwiesen.

Dieser Ausschuß erhielt mehrere Vorträge, aus denen eine umfangreiche Darlegung der Unterhaltung und Verwaltung der Bundesfestung Ulm im Jahr 1860 und von deren Erfordernissen für das Jahr 1861 hervorgehoben ist, sowie ein Antrag auf Vereinfachung des Geschäftsganges in dem Kasernen- und Rechnungswesen der Bundesfestungen durch Verminderung der Zahl der absonderlich zu führenden Festungsfonds.

Das Oberkommando der hiesigen Bundesbesatzung ward auf Antrag des betreffenden Gesandten zur Entsendung von Truppenabtheilungen für Schießübungen ermächtigt, und die Ernennung des groß. badischen Generalleutnants v. Sauter zum Gouverneur der Bundesfestung Kastell an Stelle des auf Ansuchen in Ruhestand versetzten Generals der Kavallerie Fehr. v. Gayling kam zur Anzeige.

Kastell, 14. Juni. (Zeit.) Die landesherrliche Bestätigung der von der Zweiten Kammer erwählten Präsidenten Rebell und Ziegler ist erfolgt. Der Kurfürst ist diesen Morgen nach Fulda abgereist. Aus der Provinz Hanau ist eine von 32 Dorfbürgermeistern, 2 Beigeordneten, einem Gemeinderathsmitglied und einem Wahlmann unterzeichnete Loyaltätsadresse eingelaufen, womit die Zweite Kammer ehrerbietig und dringend ersucht wird, eine Verhändigung mit der Staatsregierung auf den Grund der Verfassung von 1860 herbeizuführen. Diese Adresse ist von einem Schreiber des Obergerichtsamts Kuhl in Hanau verfaßt, zum Theil durch Polizeibeamte befördert, zum Theil sogar im Lokal der Hanauer Polizeidirektion mit Unterschriften versehen worden. Zur Charakteristik mag folgender wörtlich entnommene Satz dienen: „Der größte Theil (der Landesbevölkerung) fragt aber nicht einmal darnach, welche Verfassung die beste sei, sondern ist der Meinung, daß die Landstände das Land nur Geld kosteten und sich um Sachen stritten, die demselben nichts nütze wären, an das Landeswohl aber kaum dächten; darum sei es besser, es gäbe gar keine Landstände.“ Schöne Gewährsmänner einer vaterländischen Gesinnung das!

Kastell, 14. Juni. (Fr. P. Ztg.) Wenn mit der wirklichen Eröffnung der Zweiten Kammer noch einige Tage ge-

zögert wird, so dürfte dieses seinen Grund darin finden, daß man warten will, bis auch die Abgeordneten der Erste Kammer sich in beschlußfähiger Anzahl versammelt haben, was wegen der Mandatsniederlegung des Fhrn. v. Coelsheim und der Erkrankung mehrerer andern Mitglieder bis jetzt nicht der Fall ist. Man hofft jedoch, dieses Hinderniß bald beseitigt zu sehen. Die Abgeordneten der Zweiten Kammer haben die letzten Tage zu wiederholten Besprechungen außerhalb des Ständehauses benützt; namentlich ist die beabsichtigte Adresse an den Landesherrn verathen worden, mit deren Abfassung eine besondere, aus neun Mitgliedern bestehende Kommission beauftragt war. Auf diese Weise gedenkt man die spätern offiziellen Verhandlungen abzukürzen und sich in die Lage zu setzen, der Gesinnung der Kammer selbst dann noch einen öffentlichen Ausdruck geben zu können, wenn auch die Regierung noch vor einer förmlichen Beschlußfassung der Kammer zu einer Auflösung oder Vertagung schreiten sollte. Es wird jetzt allgemein angenommen, daß diesmal eine erneute Inkompetenzklärung gegenüber zunächst nur eine Vertagung der Zweiten Kammer eintreten werde.

\* Hannover, 15. Juni. Der Mittelmeister Ranne hat jüngst einen Aufruf zur Gründung einer „deutschen Flotte der Nordsee“ veröffentlicht. Mag die Sache auch noch so gut gemeint sein, so wären doch ganz andere Veranstaltungen nöthig, wenn eine Geldsammlung zu diesem Behufe Erfolg haben sollte. Auch müssen die beigefügten Grundzüge eines Planes für das Unternehmen vielfache Bedenken erwecken. Inzwischen hat der Herzog von Meiningen Hr. Ranne seinen Beifall durch eine Zuschrift aussprechen lassen.

Berlin, 14. Juni. (Zeit.) Unsere hauptstädtische Presse hat sich durch die „Kreuzzeitung“ wirklich verlorben lassen, aus der Huldigung eine Staatsangelegenheit ersten Ranges zu machen. Auf Grund von vagen und unbestimmten Nachrichten, die die „Kreuzzeitung“ in ihrem Sinne zusammenstellt und auszuweilen weiß, ist unsere Presse alarmirt, als handle es sich bei den Herbstfeierlichkeiten darum, den ständischen Festen unseres Staatslebens eine neue politische Note zu geben und der Huldigung des Landtags einen zweiten, auf gleicher Linie stehenden Akt entgegenzustellen. Von einem Huldigungseid ist aber überhaupt nicht die Rede. Es handelt sich lediglich um Feierlichkeiten, welche den Charakter möglicher Freiwilligkeit und Allgemeinheit tragen, und welche Gelegenheit bieten, daß der König mitten unter sein Volk tritt und das Volk aus den verschiedensten Schichten ihm seine Versicherungen der Treue und Hingebung entgegenbringt. Wenn dies in der Form geschieht, daß Deputationen der städtischen Behörden, Vertreter der Bauern und des großen Grundbesitzes, des Handelsstandes und der Industrie, Delegirte der protestantischen und katholischen Geistlichkeit u. s. w. vor ihrem König sich versammeln, so kann kein Mensch hierin eine Beeinträchtigung der Verfassung oder eine Begünstigung ständischen Wesens erblicken.

Berlin, 15. Juni. Der ordentliche Professor Dr. Brunß zu Tübingen ist zum ordentlichen Professor der juristischen Fakultät bei hiesiger Universität ernannt worden.

\* Berlin, 15. Juni. Man kann sagen, daß — wenn auch aus verschiedenen gearteten Gründen — keine Partei mit den Leistungen des letzten Landtags zufrieden ist, und die durch das Land gehende Stimmung läßt voraussehen, daß es bei den im Herbst stattfindenden Neuwahlen sehr stürmisch zugehen wird. Wahrscheinlich wird der vorgeschrittene Theil der liberalen Partei, dessen Programm in diesen Blättern jüngst mitgetheilt und besprochen worden ist, namhafte Erfolge erringen. Schon erklären verschiedene Blätter, namentlich solche in Breslau und Elbing, ihre Zustimmung, und in Königsberg ist bereits ein Wahlverein auf Grund dieses Programms in Bildung begriffen.

In der Unterjuchung wider den Polizeiobersten Pagke haben in den letzten Tagen zahlreiche Zeugenvernehmungen stattgefunden. Es handelt sich bei solchen nicht nur um Angelegenheiten, welche das Interesse der städtischen Verwaltung betreffen, sondern auch um Verhältnisse des Rummelsburger Establishments. Die Unterjuchung scheint also eine neue Ausbeugung genommen zu haben und scheinen namentlich mehrere Punkte aus den Verhandlungen der ministeriellen Unterjuchungskommission noch nachträglich zur gewöhnlichen Unterjuchung abgegeben worden zu sein. Auch gegen den Polizeileutnant Schmidt und Wachtmeister Köhler sollen sich noch neue Anklagepunkte ergeben haben, welche eine Wiederaufnahme der bereits geschlossenen Vorunterjuchung notwendig gemacht haben. — Der Polizeileutnant Hermann hier selbst, gegen den eine Disziplinarunterjuchung eingeleitet war, und der in Folge davon von der Verwaltung seines Bezirks suspendirt war, ist so eben wieder in sein Amt eingeleitet worden. — Aus konstitutionell-gothaischen Kreisen des preussischen Landtags ist der Prospekt einer neuen Zeitung hervorgegangen, welche als „Berliner Allgemeine Zeitung“ erscheinen soll und wozu einsteilen das nöthige Geld (früher hörte man von 100,000 Thalern) auf dem Wege der Aktienzeichnung gesucht wird. Unterzeichnet ist die Einladung von dem ostpreussischen Oberburggrafen v. Bränneck (Herrenhaus), dann von den Hh. Simon, v. Carlowitz, Weseler, Riedel, G. Reimer, Tannau, v. Sauten-Julienfelde, Droyfen, Beit, Bürgers und Fabel. — Wie die „N. Preuss. Ztg.“ hört, ist in der Macdonald-Affaire dem Minister v. Schleinitz seitens eines Vereins in Manchester eine Zustimmungadresse zugesandt worden.

○ Berlin, 16. Juni. Die Abreise Ihrer Maj. der Königin nach Koblenz erfolgt heute Abend von Potsdam aus. Sr. Maj. der Königin, welcher vorgestern mit der Königin nach Schloß Babelsberg übergesiedelt ist, wird daselbst längere Zeit seine Residenz behalten und nur zu den Kabinetssitzungen nach Berlin kommen. Wie jetzt mehrseitig verlautet, liegt es in der Absicht Sr. Majestät, gegen die Mitte des Monats Juli sich auf einige Wochen nach Baden-Baden zu begeben und zu Ende August wieder das Seebad

Stende zu besuchen. — Galem Vernehmen nach hat die aus der Huldigungsangelegenheit entstandene Kabinetskrisis, welche durch einen Ausschub der Feier und durch eine Aenderung ihrer Form gehoben wurde, sich in den letzten Tagen auf breiterer Grundlage erneuert. Es sollen in wichtigen Prinzipienfragen sowohl im Schoße des Kabinetts, als zwischen dem Monarchen und mehreren seiner Räte ernste Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten sein. Mit Recht werden die häufigen Ministerkonferenzen der jüngsten Zeit mit diesen Konflikten in Verbindung gebracht. Sonst wohlorientirte Personen sprechen von einer vorgestern dem Könige überreichten Denkschrift, in welcher die Mehrheit des Staatsministeriums ihre Ansichten über die nunmehr einzuhaltende Regierungspolitik dargelegt hätte. Zur Theilnahme an dieser Kundgebung soll der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Graf Vökler, von seinen Kollegen eifrig aus Schlesien herbeigeführt worden sein. Der Graf war auf drei Wochen in Urlaub gegangen, kehrte aber bereits am fünften Urlaubstage plötzlich nach Berlin zurück. Wie es heißt, sind der Kriegsminister v. Roon und der Minister des Auswärtigen v. Schleinitz an dem gemeinsamen Schritt der übrigen Kabinettsmitglieder nicht betheiligt. Einiges Aufsehen macht es hier, daß der Präsident des Staatsministeriums, Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen, bei den jetzt in Frage stehenden wichtigen Entscheidungen von Berlin abwesend ist. Mehrfachen Anzeichen nach bewegt sich die zu gewärtigende Hauptentscheidung für die innere Politik um sehr gewichtige konstitutionelle Grundsätze.

Wien, 14. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Justizminister Prato bevera beantwortet die Interpellation, welche die Justizbehörde beschuldigt, daß im Bezirk Ragusa mehrere Verhaftungen stattgefunden haben, viele Personen verfolgt, einige ihres Amtes entsetzt wurden, weil sie Unionisten (für die Union Dalmatiens mit Kroatien) sind. Da von den dortigen Behörden streng nach dem Gesetze vorgegangen wurde, so konnte das Ministerium nicht eingreifen und nichts thun, als die Beschleunigung des Verfahrens den Gerichten empfehlen und die Entscheidung derselben abwarten. Der Staatsminister begibt sich an den Berichterstatter, um den von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Gemeindegesezes zu begründen. Die Zuweisung der Regierungsvorlage an einen aus den Abtheilungen zu bildenden Ausschuß erlangt die allseitige Zustimmung des Hauses. Der Staatsminister betonte in seiner Rede vornehmlich, daß die freie Gemeinde die Grundfeste des freien Staates bilde. In allen Staaten, in welchen ein echtes Verfassungsleben bestehe, beruhe dieses auf der Heranbildung einer freien Gemeinde; diese verbürge die Dauer des Verfassungslebens. Die Mitglieder des Ausschusses, welchen die Vorlage zugewiesen werden solle, werden mächtig beitragen zu dem Aufbaue eines freiheitlichen Oesterreichs. (Allseitiges Bravo.) Bertheilt wurde folgender Antrag von Dr. Giska:

Das Haus wolle einen Gesetzentwurf folgenden Inhaltes beschließen: „Die Minister sind der Reichsvertretung für die Aufrechterhaltung der Verfassung und Vollziehung der Gesetze, sowie für ihre gesammte Amtsführung verantwortlich. Jede gesetzliche Verfügung oder Vollzugsanordnung bedarf der Zeichnung eines verantwortlichen Ministers. Diese Zeichnung begründet die Verantwortlichkeit für den unterzeichneten Erlaß. Ueber die weiteren Bestimmungen bezüglich der Verantwortlichkeit, sowie über das Verfahren wird ein besonderes Gesetz folgen.“ Die Vorberatung und Antragstellung über diesen Antrag wird einem eigenen Ausschusse zugewiesen, der aus den bestehenden Abtheilungen des Hauses nach der Regel gebildet wird.

Wien, 14. Juni. Die „Konstit. Korrespondenz“ schreibt: „Die Minister Schmerling und Lasser haben im Unionistenklub die Erklärung abgegeben, die Regierung werde als Antwort auf die Deak'sche Adresse, unter Zurückweisung der darin enthaltenen Forderungen, den Völscher Landtag zur Vornahme der Wahlen für den Reichsrath auffordern. Habe der Landtag diesen Antrag erst abgelehnt, und ebenso das Land die direkte Bestätigung des Reichsraths verweigert, so werde die Regierung den letzteren auffordern, sich für vollständig zu erklären. Den ungarischen Landtag aber werde man nicht einmal auflösen, sondern sich selbst überlassen, bis er zerfalle, da ja diese Versammlung ausgesprochen, daß sie ohne Erfüllung der Forderungen der Adresse in keinerlei legislative Funktionen sich einlassen könne. Der Minister des Innern soll noch insbesondere sein Bedauern kundgegeben haben, daß mit einer Körperkassette unmöglich zu verhandeln sei, deren letztes Wort eigentlich Niemand kenne, und die doch selbst die Besprechung eines jeden Angelegens von der vorerzählten Annahme alles dessen abhängig mache, was die ärgsten Schreier als „Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes in Ungarn“ zu bezeichnen liebten.“

Ueber Kiegers Vertagungsantrag und die demselben zu Grunde liegenden Motive fällt die gesammte serbische Presse ein einstimmiges Verdammungsurtheil.

Wien, 14. Juni. (Südb. Ztg.) Die Vorfälle der letzten Tage im Völscher Unterhause, in St. Martin, in Lugos, in Karlowitz, in Agram und Fiume beweisen, daß die Dypositiv der nicht-magyarischen Nationalitäten gegen die magyarische im Wachsen ist; die Romanen im Völscher Landtage haben das Eis gebrochen. Seit acht Tagen haben sie in der Adressdebatte bei der Diskussion über den Wortlaut der einzelnen Paragraphen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne der berechtigten Forderung ihrer Nationalität auf volle Gleichberechtigung zu erwähen. In der letzten Woche gelang es noch den Bestrebungen des weltklugen Gwöds, die Gemüther zu beruhigen. Mittlerweile wurden aber den romanischen Landboten in Pesth die Verhältnisse des slowakischen Kongresses in St. Martin und namentlich das bekannt, daß jener Kongreß feierlich erklärte, er betrachte seine Sache solidarisch vereinigt mit jener aller nichtmagyarischen Nationalitäten Ungarns, sobald es sich um die Aufrechterhaltung der Rechte des Stammes gegen irgend welche, von welcher Seite immer kommende Bedrückung handle.

Es kam in Folge dessen am Montag und namentlich vor-

gestern, am Dienstag, zu äußerst leidenschaftlichen Erörterungen. Die Romanen verlangten diesmal nicht bloß die Anerkennung unbedingender Privilegien, sondern geradezu die prinzipielle Anerkennung der Beschlüsse des Blasen-dorfes Kongresses. In Blasendorf haben bekanntlich Abgeordnete der romanischen Nation 1848 (am 15. Mai) eine Art Verfassungsentwurf ausgearbeitet, in welchem die Gleichberechtigung der walachischen Nation mit den übrigen offiziell anerkannten Nationen Siebenbürgens verlangt wurde. Die Magyaren, damals die Herren im Lande, züchtigten die Romanen für ihre „reaktionären Umtriebe“ (so nennen die Magyaren alle Gleichberechtigungsbefürwörter ihrer Gegner) etc. Diese Straferkennung war eine ziemlich gründliche, denn es gingen durch dieselbe beiläufig 6000 Romanen theils auf dem Hochgericht, theils in Scharmügeln zu Grunde, wie ein ziemlich verlässlicher Gewährsmann, General Kapfa, in seinen Memoiren erzählt. Die Forderung nun, das Unterhaus möge die Blasendorfer Beschlüsse anerkennen, erregte einen solchen Sturm persönlicher Beleidigungen, welche von magyarischen Notabeln, namentlich aber von Tizza Kalmán, Graf Ladislaus Teleki's Schwager, den romanischen Sprechern angethan wurden, daß dieselben wahrscheinlich auf eine mehr ritterliche als parlamentarische Weise gefaßt werden dürften. Damit ist aber die romanische Frage nicht erledigt, sondern nur als eine offene noch mehr in den Vordergrund gedrängt.

In der letzten Woche machte Andreas v. Mosonyi, der sehr reiche und geistig ziemlich begabte Vorkämpfer der Romanen des Banats, welcher schon als Mitglied des erweiterten Reichsraths leidenschaftlich den magyarischen Forderungen entgegengetreten und sich trefflich mit den Vertretern der Gesamtstaatsidee abzufinden wußte, eine Rundreise im Gebiete der ehemaligen Wojwodina, um die einzelnen Gruppen seiner Stammgenossen zu einem einheitlichen Handeln und zum Anschlusse an die Romanen Siebenbürgens zu vermögen. Seine Bestrebungen sollen von unbedingtem Erfolge gekrönt gewesen sein. Magyarische Blätter können nicht umhin, seine Reise als einen wahren Triumphzug zu schildern. Gestern und vorgestern vor acht Tagen waren bei dem Patriarchen Rajacic zu Karlowitz serbische Abgeordnete verammelt und beschloßen, gegenüber den magyarischen Protesten ihre Forderungen unbedingt ansrecht zu erhalten und dieselben ebenso gegen den kroatischen, wie gegen den ungarischen Landtag geltend zu machen, mit anderen Worten sich unter den Schutz des Gesamtstaats zu stellen.

**Wien, 15. Juni.** Die „Wien. Ztg.“ enthält eine Bekanntmachung des Finanzministeriums, wonach die Bezahlung der nach dem 1. April d. J. verfallenden Zinsen des Nationalanlehens wieder in Silbermünze erfolgt. — Graf Montalembert ist von Paris hier angekommen. — Die Steuerrückstände in Ungarn belaufen sich bis jetzt auf nahe bei 50 Mill. Gulden. — Der Pressegesetzentwurf liegt gegenwärtig beim Staatsrath und dürfte gleichzeitig mit einem Gesetzentwurf über die Unabhängigkeit der Richter zur Vorlage an den Reichsrath gelangen.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 14. Juni.** Die durch das Stylisirungskomitee revidirte Adresse wird nochmals vorgelesen, nach einiger Debatte angenommen, und ihre Mittheilung an das Oberhaus beschlossen. An die nächste Tagesordnung wurden gestellt: 1) Der hinsichtlich in der Adresse nicht berührte Fragen zu fassende Beschluß (Bestimmung gewisser Prinzipien, denen das Haus huldigt). 2) Die Justizorganisation. 3) Wahl des Komitees für den Görz'schen Antrag. (Legterer geht dahin, ein aus 27 Mitgliedern bestehendes Komitee einzusetzen, welches mit den Vorarbeiten zur Befriedigung der hiesigen Ansprüche der verschiedenen in Ungarn vorhandenen Nationalitäten beauftragt werden solle.)

**Wien, 15. Juni.** In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde das Protokoll vom 12. vorgelesen und ein Theil desselben auf Deak's Aufforderung ergänzt. Deak fragte den Präsidenten, ob diejenigen, welche über keine der Modifikationen ihre Stimme abgeben wollen, im Saal bleiben können, worauf der Präsident äußerte, daß — wofür nicht 20 Mitglieder die öffentliche Abstimmung verlangen — die Abstimmung durch Aufstehen und Sigensbleiben geschieht und kaum etwas Anderes übrig bleibt, als daß diejenigen, die nicht stimmen wollen, den Saal verlassen. In Folge dessen verließen Mehrere den Saal, die Mitglieder des Hauses wurden gezählt u. s. w. — Nachdem der Präsident die seit der letzten Sitzung eingetroffenen Einläufe angezeigt hatte, erklärte Szalay im Namen des Redaktionskomitees, daß Deak am Komitee nicht Theil genommen hat, weil er nur als Antragsteller Theil nehmen konnte; da aber die Majorität seine Motion in den wesentlichen Punkten geändert hat, so kann er sich nicht als Antragsteller betrachten. Hierauf wurde die mit den neuen Modifikationen redigirte Adresse vorgelesen. Balogh stellte den Antrag, das Haus möge seinen Schmerz über den Tod Cavour's ausdrücken, in Folge dessen er durch Kubinyi aufgefordert wurde, seine Motion schriftlich einzubringen. Balogh befriedigte sich ausdrücklich auf die Theilnahme des Hauptes der Emigration, Ludwig Kossuth's, an dem Leichenbegängnisse des Grafen Cavour.

**Wien, 14. Juni.** Ein dritter Versuch zu einer Wahl für den kroatischen Landtag ist hier erfolglos geblieben, weil keiner der Wähler erschienen war. Die Wahlkommission ist sofort aufgelöst worden.

#### Italien.

**Turin, 14. Juni.** Wie aus Rom gemeldet wird, ist der Paps auf's neue erkrankt. — Die Abbanlung Cerutti's wird bestätigt. Ritter Artom, Kabinetssekretär Cavour's, hat einen dreimonatlichen Urlaub erhalten.

**Turin, 16. Juni.** (Sch. M.) Die „Tur. Ztg.“ meldet, daß die Depesche angekommen sei, welche die Anerkennung des Königreichs Italien durch Frankreich anzeigt.

#### Frankreich.

**Paris, 15. Juni.** In dem heutigen „Pays“ zeigt Hr. P. Amayrac die nahe bevorstehende Anerkennung des Königreichs Italien an. „Der Kaiser — sagt er — ging in seiner Seelengröße so weit, den von ihm geschaffenen Bürgergen selbst die Freiheit zu lassen, seine Rathschläge nicht zu befolgen. . . . Der Tod des Grafen Cavour hat die Rekonstitution Italiens wesentlich gefördert. Angesichts der großen Lücke, welche dieser Tod ließ, und sohin Angesichts einer großen Gefahr sind die inneren Rivalitäten und die sekundären Zwistigkeiten sogleich wieder aufgetaucht, und Europa hat begriffen, daß Das, was noch verstanden werden konnte, so lange Cavour da war, eine dringende Nothwendigkeit wurde. Was kann unter solchen Umständen die kaiserl. Regierung thun? . . . Die Zeit ging ihren Gang und durch den Eintritt des großen Staatsmannes mehrten sich die Schwierigkeiten. In dies der Augenblick, sich begangener Fehler zu erinnern? Für einen Souverän wie der Kaiser, für eine Nation wie die französische ist dies der Augenblick, zu vergeffen. Das Königreich Italien wird anerkannt werden.“ — Hr. v. Vimercati geht morgen früh nach Turin ab. Ein außerordentlicher Gesandter B. Emanuel's mit der Notifikation der Annahme des Titels eines Königs von Italien wird nächste Woche erwartet. — Minister Rouher geht nach Karlsbad; wie man versichert, verbindet er mit dieser Reise eine politische Mission an den Hof von Wien. Vielleicht wurde dieser Herr ausersehen, um Aufsehen zu vermeiden. — Seit einigen Tagen spukt es in der Sorbonne. Hr. St. Marc Girardin, welcher, wie es scheint, mit dem „Journ. des Deb.“ vollständig in's kaiserl. Lager überging, ließ sich in seinen Vorlesungen zu Aeußerungen verleiten, wodurch er sich Zeichen des Mißfallens von Seiten seiner jungen Zuhörer zuzog. Auch während der letzten Vorlesungen ließen sich wieder Zischen u. dgl. vernehmen. — Für den Aufenthalt des Kaisers in Vichy sind bereits alle Vorkehrungen getroffen. Se. Majestät wird 20 Tage in diesem Bade verweilen. — Die Brodpreise sind heute abermals in die Höhe gegangen.

**Paris, 16. Juni.** Für Fotaiebleau finden keine offiziellen Einladungen statt. Mehrere hohe Personen waren in Fontainebleau zum Besuch, worunter Fürst und Fürstin Metternich, Prinz und Prinzessin v. Reuß, Graf und Gräfin v. Pourtales, Graf und Gräfin v. Prigny u. s. w. Die Abreise des Kaisers nach Vichy wird auf den 1. Juli vorbereitet. Gestern fand ein außerordentlicher Ministerrath, unter Vorsitz des Kaisers, in Fontainebleau statt, welchem auch die Kaiserin beizuwohnt. — Der „Moniteur“ druckt heute einen Artikel der „Patrie“ ab, welcher versichert, die Verhandlungen über die Anerkennung Italiens durch Frankreich seien bereits eröffnet; Frankreich werde die vollendeten Thatfachen anerkennen, ohne für die Zukunft Verpflichtungen zu übernehmen. — In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers wurde die Diskussion über den Gesetzentwurf, Modifikationen der Pensionen der Land- und Seearmee betreffend, fortgesetzt. Man versichert, daß der Gesetz. Körper bis zum 27. d. M. verlängert werden wird. Das Pressegesetz wird wahrscheinlich nicht vor Dienstag zur Diskussion kommen. — Bei dem morgen stattfindenden Trauer-Gottesdienste für den Grafen Cavour wird sich der Kaiser durch den Marschall Bailliant vertreten lassen. — Aus Anlaß der häufigen Selbstmorde im 1. Armeekorps hat der Oberbefehlshaber desselben, Marschall Magnan, einen Tagesbefehl erlassen, der in edel soldatischer Sprache von diesem Verbrechen abmahnt. — Blanqui ist vorgestern wieder einmal zu vier Jahren Gefängniß, 500 Fr. Geldbuße und Verlust der bürgerlichen Rechte auf fünf Jahre verurtheilt worden, die Frau Fremeur und Senique zu je einem Jahr Gefängniß und 100 Fr.; Chaumette zu sechs Monaten und 100 Fr.; diese drei jede zum Verlust der bürgerlichen Rechte auf zwei Jahre; Fremeur und Bosgün wurden freigesprochen.

**Paris, 17. Juni.** (Sch. M.) Die Minister Thouvenel und Persigny, sowie Marschall Bailliant werden heute dem Trauer-Gottesdienste beiwohnen, der von der italienischen Gesandtschaft in der Madeleinekirche für den Grafen Cavour veranstaltet wird. — Die Session des Gesetzgeb. Körpers ist bis zum 27. Juni verlängert worden.

#### Dänemark.

**Kopenhagen, 14. Juni.** Die Wahlen, welche heute für das Volksting stattfanden, sind ministeriell ausgefallen. Das Programm, welches die Minister in ihren Wahlreden aufstellten, lautete auf Selbständigkeit Holsteins und Verbindung Schleswigs mit Dänemark auf britischer konstitutioneller Grundlage.

#### Donaufürstenthümer.

**Jassy, 11. Juni.** Die Demission von 4 Kabinetsmitgliedern: Mayrojani, Hourmouzi, Kucuriano und Stourza, hat eine vollständige Veränderung in der Zusammensetzung des Kabinetts herbeigeführt. Dasselbe ist jetzt, wie folgt, gebildet: Inneres und Präsidenschaft Pano; Justiz und öffentliche Arbeiten Kolla; Finanzen Reguzzi; Auswärtiges Jean Sillon; Kultur und Unterricht D. Rosetti. Die neuen Minister sind nur interimistisch ernannt. Das gegenwärtige Kabinett ist ein transitorisches; an dem Tage, an dem die Union proklamirt werden wird, hört seine Mission auf.

#### Türkei.

**Konstantinopel, 12. Juni, Abends.** Die Konferenz hat beschlossen, daß der Libanon, außer einem Gouverneur, einen Mufti für je 6 Gemeinden und eine einheimische Polizei von 1500 Mann erhalten soll. Die Pforte wird das Defizit decken und den Ueberschuß in Empfang nehmen. Die Verfassung soll in einigen Tagen veröffentlicht werden.

#### Amerika.

**Neu-York, 30. Mai.** Wie man dem Pariser „Moniteur“ schreibt, hat der Norden gegenwärtig 75,000 Mann,

vollständig ausgerüstet, im Felde stehen. Diese Armeen vertheilt sich folgendermaßen: 33,000 Mann im Nordosten Virginians, 21,000 in Washington, 16,000 in Pennsylvania, an der virginischen Grenze, und 13,000 Mann befinden sich auf dem Marsch durch die Westdistricte Virginians. General Scott, welcher die Organisation des Transports und des Kommissariats vervollständigt hat, ist jetzt im Stande, diese Streitkräfte mit Schnelligkeit operiren zu lassen, und seine Kombinationen werden, wie man glaubt, die fast blutlose Wiedererlangung Virginians zum Resultat haben. Die Südstaaten haben nur 35,000 Mann in Virginien stehen, und wie man sagt, sollen dieselben schlecht ausgerüstet, schlecht bewaffnet und zu einem ernstlichen Dienst nicht sehr geeignet sein; auch sollen sie nur einen knappen Sold erhalten; dagegen haben sie ausgezeichnete höhere Offiziere. Die Nordstaaten setzen ihre Kräfte ununterbrochen fort, und wenn man den Berichten des Kriegsministeriums in Washington Glauben schenkt, so wird die Bundesregierung nächstens 400,000 Mann unter den Waffen haben.

**Neu-York, 5. Juni.** Sobald 50,000 Mann der sibirischen Truppen von Washington eingetroffen sein werden, werden die Unionisten in Virginien vorrücken. Flüchtige Sklaven kommen fortwährend im Fort Monroe an. Sie werden zu den Befestigungsarbeiten verwendet. Oberst Douglas ist gestorben. Das Gerücht geht, die Konföderirten hätten Harpers Ferry geräumt. Der amerikanische Konsul in Quebec hat ein Schiff mit Beschlag belegen lassen, welches an die Konföderirten verkauft hatte.

#### Vermischte Nachrichten.

**Heidelberg, 14. Juni.** (Mannh. Z.) Die Preisentscheidung der für das „Allgemeine deutsche Kommerzbuch“ bestimmten und beim Heidelberger Preisfesten vom Mannheimer Quartett theilweise vorgetragenen Kompositionen der „Neuen Lieder aus dem Ungern in Heidelberg“ hat bei der außerordentlich großen Zahl der eingeladenen Kompositionen (über 400) erst jetzt erfolgen können. Einmüthig wurde von sämmtlichen Preisrichtern (Ausschuß des Badischen Sängerbundes) in Uebereinstimmung mit den süddeutschen Verbindungen den Kompositionen des „Lebes fahrender Schüler: Wohlauf die Luth geht reich und rein“, mit dem Motto: „O quam bonum atque jucundum, poeulis fraternis gaudere“, sowie von „Ein ander Lied vom Rosenstein: Wer reit mit zwanzig Knappen ein zu Heidelberg in Hirschen?“ mit dem Motto: „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder! Böse Menschen haben keine Lieder“ Preise von je 5 Dukaten zuerkannt. Als Kompositionen ergaben sich beim Öffnen der Couverts beim ersten Hr. B. G. Becker, Musikdirektor in Würzburg, beim zweiten Hr. Karl Appel, herzoglich-konzertmeister in Dessau. Fast einmüthig wurde den Kompositionen der Lieder: „Perle“. Das war der Zwerg Perle im Heidelberger Schloß“, Motto: „Frei ist der Bursh“, Komponist: Hr. Stephan Gruwe, Referendar in Burgluisfurt, und „Rosenstein's Auszug: Es regt sich was im Odenwald“, Motto: „Juchet frohlich und geseu“, Komponist: Hr. G. Hering, Musikdirektor in Berlin, ebenfalls Preise von je 5 Dukaten zuerkannt. Seitens der Verlagsbuchhandlung wurde sodann noch der nicht konkurirenden schönen Komposition von Hrn. Musikdirektor Zimmermann in Mannheim zu dem Schepel'schen Liede: „Alt-Heidelberg, du feine, du Stadt an Ehren reich“, sowie der mit unendlichem Jubel aufgenommenen Komposition zu Hornsted's „Trinke nie ein Glas zu wenig“ von Hrn. Hofkapellmeister Lachner in Mannheim Preise von je 5 Dukaten bestimmt. Der Schluß der Reaktionen der sechsten Auflage des Allgemeinen deutschen Kommerzbuches wird nunmehr sofort erfolgen und das Kommerzbuch in einigen Wochen wiederum in allen Buchhandlungen zu haben sein.

**Freiburg, 17. Juni.** Nach Ergänzung des Großen Ausschusses wurden auch die Wahlen für die theilweise Erneuerung des Gemeinderaths vorgenommen. Es wurden gewählt die H. Ehr. Weg, H. Kuenzer, G. Stolz, Schreinermeister J. Schmidt, Kunstmüller A. Fuchs und Buchhändler Hr. Wagner, Sohn.

Nachdem schon am letzten Donnerstag die „Lieber Tafel“, die, wie es den ertheilichen Ansehen hat, unter ihrem neuen Dirigenten Hrn. Bleibmhaus von Konstanz neues Leben gewinnt, im Bauengarten für ihre Gesellschaftermitglieder und zahlreiche Eingeladene zu Gunsten der Abgebrannten in Grimsfeld und Glarus eine Abendunterhaltung veranstaltet hatte, erfolgte gestern in der Kunsthalle zu gleichem Zweck ein Konzert seitens der „Concordia“. Beide Male wirkten die großmüthigen Mäcenaten mit dankenswerther Freundschaft ohne Vergütung mit und trugen das Ihrige zur Verschönerung bei. Die Theilnahme war eine sehr erfreuliche und wurde durch die fleißig studirten und gut vorgelegenen Produktionen reichlich befriedigt. Die an sich schon bedeutenden Summen, die an hiesiger Plage für genannten Zweck eingegangen sind, wurden durch das Ergebnis der beiden freundlichen Bemühungen wesentlich erhöht.

**München, 17. Juni.** Das Komitee für das deutsche Gesangsfest verwahrt sich in einer durch Zeitungen laufenden Erklärung energisch gegen die Insinuation eines Korrespondenten der „M. Münch. Ztg.“, daß das Fest zu politischen Demonstrationen benützt werden solle. Das Programm werde streng aufrecht erhalten werden; wer aber vielleicht im Privatkreise politisiren sollte, dem werde man den Mund nicht verbinden wollen.

— In Köln wird zur Erinnerung an die Schlacht von Waterloo am 18. Juni eine großartige Feyer vorbereitet. Es soll zum Besten der hilfsbedürftigen Soldaten aus den Kriegen der Jahre 1813, 1814 und 1815 im dortigen zoologischen Garten ein Volksfest stattfinden. Am leitenden Komitee finden sich die ersten Namen Kölns.

— Die Frau des Präsidenten Lincoln ist eine geborne Kentuckerin. Einer ihrer Brüder dient in der Seceffionsarmee mit 11 Bannern, und ihre Mutter ist, die Gattin des weissen Hauses zu Washington verschmähend, zu Jefferson Davis geriet, ihren Schwiegerohn schlecht zu machen.

Für die Brandverunglückten in Grünsfeld, Amts Gerlachshausen (Karlsruher Zeitung Nr. 109), sind laut unserer Ankündigung in Nr. 140 bei uns eingegangen 348 fl. 40 kr. Seitdem weiter: Von F. W. G. in Nassau 5 fl. Zusammen 353 fl. 40 kr. Zu weiterer Annahme von Gaben sind wir gern bereit. Karlsruhe, den 17. Juni 1861.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

U.574. Bruchsal. Gestern Abend nach 9 Uhr verschied nach längerem Leiden der großh. bad. pensionirte Oberthierarzt Fr. Reinacher, wovon, mit der Bitte um stille Theilnahme, seine Freunde und Bekannten in Kenntniss setzen,  
Bruchsal, den 16. Juni 1861,  
Die Hinterbliebenen.

In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist zu haben:

**Nierik**  
deutscher  
**Volkskalender**  
für  
**1862.**  
Preis 36 Kr.

U.548. Nr. 5204. Karlsruhe.  
**Bekanntmachung.**  
Das großh. bad. Eisenbahn-Lotterien-Ansehen zu 14 Millionen Gulden gegen 35-fl. Loose vom Jahre 1845 betr.

Die 62. Gewinnziehung obigen Lotterien-Ansehens, an welcher diejenigen 1000 Loosnummern Theil nehmen, welche in der Serienziehung vom 31. Mai d. J. dazu bestimmt worden sind, wird  
Freitag den 28. Juni 1861,  
Nachmittags 3 Uhr,  
im Ständehaus dahier unter Leitung einer großh. Kommission und in Gegenwart der Ansehensuntersnehmer öffentlich vorgenommen werden.  
Karlsruhe, den 15. Juni 1861.  
Großh. bad. Eisenbahn-Schulden-Eilungskasse.

U.581. **Bad Wolfach.**  
I. Liste der seit Eröffnung des Bades bis heute dahier angekommenen Kurgäste und anderen Fremden.

Herr Graf von Kageneck, f. f. Kammerherr, mit Bezeichnung von Mannheim. Hr. Fürst von Haslach. Hr. Wieland, Km. von Durlach. Hr. Treibus, Rent. von Straßburg. Hr. Große, Hotelbesitzer von Karlsruhe. Hr. C. Arndt, Km. von Labr. Hr. G. Racombe, Gutbesitzer von Straßburg. Hr. General Dreier mit Gemahlin und Dienerschaft von Straßburg. Hr. Jitel, Km. von Labr. Hr. J. Breithaupt von Gutach. Hr. Eufmann, Postbeamter von Karlsruhe. Hr. Mayer, Km. von Stuttgart. Hr. Baron von Schilling, Forstath von Offenburg. Hr. Imhof, Km. von Basel. Hr. Kay, Km. von Frankfurt a. M. Hr. C. Elhard, Anwalt von Offenburg. Hr. E. Dher, Telegraphist von Mannheim. Hr. G. v. Liebenberg, Privat von Wien. Hr. Weigel, Postmeister von Offenburg. Hr. F. Steeger, Km. von Ludwigshafen. Hr. W. Rud., Stud. Jur. von Heidelberg. Hr. G. Goldbacher, Medic. von Heidelberg. Hr. C. Renner aus England. Hr. C. Weber, Km. von Offenburg. Hr. F. Grieben von Berlin. Hr. v. Verant mit Gemahlin von Paris. Hr. Köpp, Inspektor von Frankfurt a. M. Hr. Dr. Mittermayer, prakt. Arzt von Heidelberg. Hr. Chr. Gschle, Gutbesitzer von Schemberg. Hr. Schneider von Hohenheim. Hr. R. Lehmann von Schwabach. Hr. Gutsch mit Gemahlin, Buchdruckerbesitzer von Leraach. Hr. Würstlin, Apotheker von Dinglingen. Hr. Pfarrer Gindsofer von Würdingen. Hr. Joh. Trautwein von Schiltach.  
Wolfach, den 15. Juni 1861.

Die Direction der Badanstalt.  
**B. Göringer.**

U.405. Karlsruhe.  
Die  
**photographischen Portraits**  
**S. K. H. des Grossherzogs,**  
**I. K. H. der Grossherzogin,**  
**S. Gr. H. des Erbgrössherzogs**  
empfehlen  
**A. Winter & Sohn,**  
Grossh. Hoflieferanten.

U.575. Mannheim.  
**Offene Lehrstelle.**  
In einem Handlungshause in Mannheim ist für einen gesitteten jungen Mann eine Lehrstelle offen. Kost und Logis gegen billige Vergütung im Hause des Prinzipals. Näheres unter Chiffre F. K. Nr. 350 poste restante Mannheim.

U.460. Heidelberg.  
**Apothekerverkauf.**  
Eine gut eingerichtete und frequente Apotheke in einer der belebtesten Gegenden des Mittelrheintales wird, Familienverhältnisse halber, unter annehmbaren Bedingungen verkauft.  
Näheres Auskunft erteilen Herren Chr. Keller  
**S Comp. in Heidelberg.**

U.546. Durbach.  
**Weinversteigerung.**  
Herr Pfarrer Stemmer zu Durbach läßt alda am Donnerstags den 27. Juni d. J., Vormittags von halb 11 Uhr an, folgende Durbacher Weine versteigern:  
1857er 8 bad. Ohmen, Klever;  
1859er 100 " Klever, Weißherbst und Ringelberger von den feinsten Qualitäten;  
1860er 300 " verschiedene Qualitäten.  
Durbach bei Offenburg,  
den 14. Juni 1861.  
N. N.  
**Rietter, Küfermeister.**

U.595.  
**Kiefernadelbad Wolfach.**

Am 1. Mai d. J. ist das hiesige Kiefernadel-Baden, Dampf- und Inhalations-, sowie das Mineral-Bad eröffnet worden, und werden während der Kurzeit selbstbereitete vorzügliche Ziegenmilch und alle Sorten Mineralwasser stets frisch und echt verabreicht.  
Sämmtliche Kiefernadel-Präparate, als: Decoct, Extract, Del, Essenz und Seife, werden aufs sorgfältigste zubereitet und sind in der Badanstalt immer echt und rein zu haben.  
Die Amtstadt Wolfach liegt am Zusammenflusse der Kinzig und Wolfach, in dem reizenden Kinzigthal, und in einem äußerst gesunden und angenehmen Klima in der Nähe der Bäder Rippoldsau, Griesbach, Petersthal, Freiessbach, der Eisenbahnstation Offenburg, und besitzt eine Telegraphenstation.  
Die Preise für Kost und Logis sowohl in Gasthöfen wie in Privathäusern sind auf das Allerbilligste gestellt. Von und nach Wolfach, von und nach Offenburg gehen durch das schöne Kinzigthal täglich zwei Post- und ein Privat-Omnibus, von und nach Appenweier (Eisenbahnstation) durch die Renobäder nach Rippoldsau läuft täglich einmal ein Post-Omnibus und von Rippoldsau täglich ein Omnibus bis Wolfach.  
Wir laden zu zahlreichem Besuche unserer Heilanstalt mit dem ergebensten Anfügen ein, daß wir zu jeder Zeit bereit sind, auf an uns gestellte Anfragen schnellste Auskunft zu erteilen.  
Wolfach, im Juni 1861.

**Die Direction**  
des Kiefernadelbades zu Wolfach im Kinzigthal.

U.579. Sinzheim.  
**Wein-Versteigerung.**  
Montag den 1. Juli d. J.,  
Vormittags 9 Uhr anfangend, läßt  
Unterzeichneter in seiner Wohnung  
neben dem Gasthause zum Hirsch da-  
hier  
36 Dhm 1857er,  
250 " 1858er,  
80 " 1859er  
reingehaltene Bergweine öffentlich ver-  
steigern; wozu die Herren Liebhaber  
einladet,  
Sinzheim im Amt Baden,  
15. Juni 1861,  
Karl Rheinboldt.

U.524. Karlsruhe.  
**Delgmalde-Versteigerung.**  
Aus dem Nachlasse des verstorbenen Herrn Hof-  
dominicanraths Weich dahier werden in ca. 8 Tagen  
viele werthvolle Delgmalde, darunter von:  
C. Kunz, Saal, Kirner, Moosbrug-  
ger, Holz, Brandes, Förmelner;  
ferner:  
2 ausgezeichnete Miniaturgemälde, eine große  
Menge Kupferstiche von berühmten Meistern  
und andere Kunstgegenstände,  
öffentlich versteigert.  
Der Tag der Versteigerung wird noch besonders be-  
kannt gemacht werden.  
Karlsruhe, den 14. Juni 1861.

U.465. Pforzheim.  
**Haus- und Garten-  
Verkauf.**  
Bijouteriefabrikant L. Loz u. Geleute dahier beab-  
sichtigen, ihre Eigenschaft, bestehend in einem zwei-  
stöckigen Wohnhause mit ca. 1 Viertel Hofraum  
und Gartenland, entweder aus freier Hand oder am  
Montag den 24. Juni d. J.,  
Vormittags 11 Uhr,  
auf hiesigem Rathhause in öffentlicher Versteigerung zu  
verkaufen. Das Haus enthält 14 Zimmer, 2 Küchen,  
Speicher, 1 Werkstätte, 1 gewölbt und 1 Ballenteller,  
theilweise Gasheizung, während im Hof eine Holz-  
remise, Waschküche und ein Pumpbrunnen sich befin-  
den. Das Anwesen liegt an der Dillheimer Straße in  
einem neuen Stadtviertel, in dessen Umfang bereits  
mehrere bedeutende Bijouteriefabriken und sonstige  
größere Gewerbs- und Handelsbetriebsstätten sich be-  
finden, auch zu andern die Bauten bereits in Angriff  
genommen sind. Die Verkaufsobjekte eignen sich so-  
wohl zu einem ähnlichen Geschäfte, als auch zu einer  
Bierbrauerei mit Wirtschaft und jedem offenen Ge-  
werbe.  
Ein Privatverkauf wird in Erbietung zu  
jeder gewünschten Anekdote vermittelt durch  
Das Commissions-Bureau von  
**Adolph Haberstroh in Pforzheim.**

U.185. Nr. 4001. Pforzheim.  
**Hausversteigerung.**  
Die Buchdrucker Karl Friedrich  
Kays Kinder von Pforzheim lassen, der Vertheilung  
wegen,  
Montag den 8. Juli d. J.,  
Vormittags 11 Uhr,  
auf hiesigem Rathhause folgende Eigenschaft zu Eigen-  
thum öffentlich versteigern:  
Ein dreistöckiges Wohnhaus mit Hintergebäude, ge-  
wölbt Keller, auf dem Marktplate dahier gelegen  
— auf 12 Ruthen Platz stehend — neben Kaufmann  
Louis Franzmann und Apotheker Adolph Schumacher  
dahier. Schätzungspreis 36,000 fl.  
Hierzu wird bemerkt, daß sich dieses Haus sowohl  
durch seine vortheilhafte Lage — Marktplate — als  
durch seine Räumlichkeiten zum Betrieb jeden Ge-  
schäfts eignet, und daß die äußerst günstig gestellten  
Steuerungsbedingungen inzwischen beliebig bei Notar  
Et u l dahier eingesehen werden können.  
Pforzheim, den 4. Juni 1861.  
Großh. bad. Amtsvorort.  
Sauer.

U.597. Rastatt.  
**Waldgras-Versteigerung.**  
Samstag den 22. d. Mts., Nachmittags  
4 Uhr, wird das Erträgniß pro 1861 an Wald-  
(See-)Gras im Niederwald versteigert.  
Die Zusammenkunft ist am Denkmale in der Haupt-  
richtstraße.  
Rastatt, den 18. Juni 1861.  
Der Gemeindevorort.  
G. Wagner.

U.592. Emmendingen. (See-)Grasverstei-  
gerung.) Bis Donnerstag den 27. Juni 1861  
wird in der Forstomäne,  
Lheninger Allee,  
Hartholzschlag Nr. 15, 16, 19 bis Nr. 24,  
Weichholzung Nr. 17 bis Nr. 21  
der heutige Ertrag an See-Gras in 15 Loodabtheilun-  
gen öffentlich versteigert.  
Zusammenkunft Morgens 9 Uhr beim Wegweiser  
auf der Reuthe, Lheninger Straße.  
Emmendingen, den 16. Juni 1861.  
Großh. bad. Bezirksforst.  
Bischer.

U.566. Nr. 581. (Brennholz-)Versteige-  
rung im Forstbezirk Schwetzingen.) Aus den  
Waldabtheilungen Neubrück, Sternalleen und  
Reitherswald versteigern wir loosweise und mit der  
üblichen Zahlungsfrist  
Freitag den 21. Juni  
705 Klasten fortlendes Scheit-, Klotz- und Prügelholz.  
Die Verhandlung findet im Alerwirthshause zu Df-

terseheim statt, und nimmt früh 9 Uhr ihren Anfang.  
Schwetzingen, den 14. Juni 1861. Großh. bad. Bez-  
zirksforst. K. Cron.  
U.529. Glatz.

**Aufgebot.**  
Aus dem Nachlasse der ledig verstorbenen Kreszentia  
Wossmayr von Fischening ist der Frau Buz,  
ehelicher Tochter der Karoline Wossmayr und des  
Josef Buz, späterhin verehelichte Johann Baptist  
Hirt von Währingen (Großherzogthum Baden), ein  
Erbtheil von 323 fl. 14 kr. zugefallen. Da deren  
Aufenthalt gänzlich unbekannt ist, so wird dieselbe  
nebst deren etwa hinterlassenen unbekanntem Erben  
hiedurch aufgefordert, sich in inner sechs Mona-  
ten, spätestens aber in dem Termine Freitag den  
3. Januar 1862, Vormittags 10 Uhr, bei dem  
unterzeichneten Gerichte persönlich oder schriftlich zu  
melden, und sich über die Ansetzung der Erbtheilung zu  
erklären, unter dem Prädikate, als sonst die anderwei-  
tig sich legitimirenden Erben in den Besitz obigen Erb-  
theils zur freien Disposition eingewiesen werden.  
Glatz, den 10. Juni 1861.  
Königlich preussische Kreisgerichtskommission.  
Ditt.

U.475. Nr. 2933. Oberkirch. (Erbborla-  
dung.) Zur Erbschaft der ledig verstorbenen The-  
resa Heptig von Wolfach, Gemeinde Oberkirch, ist  
der ledige Josef Spinner von hier mitberufen.  
Da dessen Aufenthalt jedoch unbekannt ist, so wird  
derselbe anmit aufgefordert, sich  
innerhalb drei Monaten  
zur Geltendmachung seiner Erbschaftrechte bei der un-  
terzeichneten Behörde zu melden, ansonst die Erbschaft  
lediglich denjenigen zugeweiht werden würde, welchen  
sie zufälle, wenn der Borgeordnete zur Zeit des Erban-  
falls nicht mehr gelebt hätte.  
Oberkirch, den 8. Juni 1861.  
Großh. bad. Amtsvorort.  
Kieser.

U.484. Nr. 8341. Bruchsal. (Aufforde-  
rung.) Hieronymus Meisel von Forst ist ohne  
Staatsurlaub nach Amerika ausgewandert. Der-  
selbe wird aufgefordert,  
binnen 3 Monaten  
in seine Heimath zurückzukehren, widrigenfalls er, un-  
ter Verfallung in die Kosten, des Staats- und Ge-  
meindebürgerrechts für verlustig erklärt und der gefe-  
schliche Abzug seines Vermögens mit 3 Proz. verfügt  
werden würde. Zugleich wird sein Vermögen mit Be-  
schlag belegt.  
Bruchsal, den 12. Juni 1861.  
Großh. bad. Oberamt.  
Eidner.

U.493. Nr. 4833. Engen. (Erbborladung.)  
Der ledige und volljährige, von mehreren Jahren nach  
Amerika ausgewanderte Nikolaus Libert von Kirchen  
ist zur Erbschaft seiner am 18. April 1859 verstorbe-  
nen Tante, der ledigen Maria Engelver von dort,  
berufen.  
Da der Aufenthaltsort des Nikolaus Libert nicht  
bekannt ist, so wird er hiermit aufgefordert,  
binnen 3 Monaten  
sich zur Empfangnahme seines in 32 fl. 16 kr. bestehenden  
Erbtheils nach Bruchsal zu melden, widrigenfalls solches  
nach Fristablauf denjenigen zugeweiht werden würde,  
welchen es zufallen, wenn er z. B. des Erbanfalls nicht  
mehr am Leben gewesen wäre.  
Engen, den 12. Juni 1861.  
Großh. bad. Amtsvorort.  
Engel.

U.483. Nr. 6289. Denzlingen. (Erbbor-  
ladung.) Auf Ableben des Andreas Stühlinger,  
Bürger und Tagelöhners von Denzlingen, ist dessen  
Tochter Christina Stühlinger, Ehefrau des Jakob  
Gegin von Denzlingen, welche schon vor mehr als 10  
Jahren nach Amerika ausgewandert ist, als gesetzliche  
Erbin zur Erbschaft berufen.  
Da der Aufenthaltsort derselben dieses unbekannt ist,  
so ergeht an sie oder ihre etwaigen Rechtsnachfolger  
hiermit die Aufforderung,  
binnen drei Monaten, a dato an gerechnet,  
bei unterfertigter Stelle ihre Erbschaftsansprüche um  
so gewisser anzumelden und geltend zu machen, als  
sonst im Nichterscheinsfalls die Erbschaft lediglich  
Jenen zugeweiht werden wird, welchen sie zufälle,  
wenn die Borgeordnete und beziehungsweise deren  
Rechtsnachfolger zur Zeit des Erbanfalls gar  
nicht mehr am Leben gewesen wären.  
Emmendingen, am 13. Juni 1861.  
Großh. bad. Amtsvorort.  
Hüsig.

U.503. Nr. 4922. Lahr. (Erbborladung.)  
Georg Heinrich Bieser, 24 Jahre alt, von Lahr,  
welcher vor 7 Jahren nach Australien ausgewandert  
und außer der Anzeige seiner Ankunft keine Nachricht von  
sich erteilt hat, wird zur Erbtheilung auf Ableben  
seiner Mutter Salomea Bieser, geborenen Zimmer-  
mann, gewesener Ehefrau des Webers Johann Jakob  
Bieser in Lahr, mit 3/8 Monaten  
mit dem Bedenken öffentlich vorgeladen, daß im Nicht-  
erscheinsfalls die Erbschaft lediglich denjenigen  
werde zugeweiht werden, welchen sie zufälle, wenn der  
Borgeordnete zur Zeit des Erbanfalls gar nicht mehr am  
Leben gewesen wäre.  
Lahr, den 13. Juni 1861.  
Großh. bad. Amtsvorort.  
Singado.

U.434. Nr. 4857. Lahr. (Erbborladung.)  
Eobastian Breithel von Schutteren — seit 1824 un-  
bekannt mo abwesend — ist zur Erbschaft seiner am  
11. April 1861 mit Tod abgegangenen Schwester, der  
Ehefrau des Silvester Herrmann, Theresia, geb.  
Breithel, von Schutteren berufen und wird hier-  
mit aufgefordert, sich  
binnen drei Monaten  
von heute an, zu dieser Verlassenschaftsaussanber-  
setzung hier zu stellen, widrigenfalls diese Erbschaft ledig-  
lich denjenigen zugeweiht würde, welchen sie zufälle,  
wenn der Aufgeborene zur Zeit dieses Erbanfalls  
nicht mehr am Leben gewesen wäre.  
Lahr, den 11. Juni 1861.  
Großh. bad. Amtsvorort.  
Singado.

U.572. Nr. 6237. Wolfach. (Fahndungs-  
zurücknahme.) Nachdem Jäger Heinrich Größin-  
ger von Bruchsal sich bei seinem Kommando gefeilt  
hat, wird das Ausschreiben vom 28. v. M., Nr. 4796,  
anmit zurückgenommen.  
Wolfach, den 14. Juni 1861.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
v. Krafft-Ebing.  
vdt. Holzter.